

Echt

DIE LINKE.

Was will DIE LINKE in Neukölln?

Mit dem »Linken Programm für Neukölln – Gemeinsam für ein gutes Leben« machen die Neuköllner LINKEN konkrete Vorschläge für die Entwicklung im Bezirk. Deutlich wird, DIE LINKE ist die Partei für den Alltag, nicht nur für den Wahltag. Sie tritt für Lösungen ein, in denen die Bedürfnisse der Menschen und nicht mächtige Wirtschaftsinteressen Vorrang haben. Es ist Zeit für einen sozialen Aufbruch in Neukölln, denn viel zu viele leben im Bezirk in Armut. Deshalb: Löhne rauf, Renten rauf, Mieten runter. Menschen vor Profite!

Zum brennenden Problem Wohnen und Mieten, zu Stadtentwicklung, Grünplanung und Verkehr greift DIE LINKE viele Gedanken auf, die von Neuköllner Initiativen entwickelt wurden. Sie will Impulse für das solidarische Zusammenleben im Bezirk, im Kampf gegen Rassismus und für die Rechte schutzsuchender Menschen geben.

DIE LINKE entwickelt detaillierte Forderungen zum Bezirkshaushalt und den Finanzen, für gute Arbeit und für den Kampf gegen Armut, zur Frauenpolitik und für Gleichberechtigung. Den Themen Bildung in den Schulen und Kitas ist ein eigenes Kapitel gewidmet ebenso wie der Gesundheitspolitik und der Kultur. Wie kann direkte Demokratie entwickelt werden und welche Rolle spielt gegenwärtig und zukünftig Digitales? Auch hierzu macht DIE LINKE Vorschläge. Es sind Ideen für ein gemeinsames Handeln zusammen mit allen, denen die Welt, so wie sie ist, nicht gefällt. Also, gemeinsam für ein gutes Leben.

Das Programm der Neuköllner LINKEN gibt es an allen Informationsständen in den Kiezen, in der Bezirksgeschäftsstelle, Wipperstraße 6 (Nähe S- und U-Bahnhof Neukölln), und im Internet: www.die-linke-neukoelln.de.

Auf Augenhöhe

Kennen Sie auch das Gefühl, wenn man nach einer Reise nach Berlin zurückkehrt? Man sieht das quirlige und dennoch entspannte Leben hier und ahnt plötzlich, warum Berlin die beste Stadt der Welt ist. Aber wer hier lebt, kennt bald auch all die Macken der Stadt. Und die haben leider zugenommen.

Während die einen mit Champagner die wachsende Attraktivität Berlins feiern, fluchen andere über verspätete Busse und Bahnen, kaputte Schulen und lange Wartezeiten auf den Ämtern. Viele denken mit Sorge an die nächste Mieterhöhung und lieber nicht daran, was sie mal an Rente bekommen.

Immer öfter nehmen die Berlinerinnen und Berliner – also Sie – die Dinge selbst in die Hand. Mit Volksbegehren erzwangen Sie Zugeständnisse in der Mietpolitik, brachten die Wasserbetriebe wieder in städtischen Besitz und holen sich hoffentlich auch noch die Energienetze zurück. Sie sorgten dafür, dass das Tempelhofer Feld nicht an Immobilienhaie verhöckert, sondern als einzigartige Freifläche geschützt wurde. Bei der Integration der geflüchteten Menschen, beim Renovieren von Schulen und Kitas, in Sportvereinen, der Nachbarschaftshilfe und vielem anderen mehr, das sonst nicht laufen würde, packen Sie an.

Im Gegenzug erwarten Sie von der Politik, dass die ihren Job macht. So, wie Sie den Ihren machen, auf der Arbeit, in der Familie, im sogenannten Ehrenamt. Zu Recht. Das nenne ich die Augenhöhe. Ich will das gern tun, mit allen, die dazu bereit sind.

Drei Dinge wären zu erledigen: **1.** Die Schere zwischen Arm und Reich darf nicht weiter aufgehen. Zwangsräumungen, Arbeitslosigkeit, Verdrängung armer und älterer Menschen aus ihren Kiezen, Kinderarmut: Das geht so nicht weiter. Ein Armutsbekämpfungsprogramm muss her, das jetzt Not lindert.

2. Investitionen in die maroden Schulen, in Straßen und Schwimmbäder, Nahverkehr und Radwege dulden keinen Aufschub. DIE LINKE will ein großes Investitionsprogramm in Berlins Infrastruktur, so schnell wie möglich.

3. Wo Lehrerinnen und Lehrer fehlen, Polizei, Bürgerämter und Gerichte überlastet sind, muss eingestellt werden. Nicht kleckerweise, sondern massiv.

Wir können das. Wir, die Politikerinnen und Politiker, gemeinsam mit Ihnen, den Berlinerinnen und Berlinern. Wir können Berlin sozialer und menschlicher machen. Mit Jobs, von denen man leben, mit Mieten, die man bezahlen und mit Zeit, die man genießen kann. Und ohne Nazis. Wählen Sie am 18. September und wählen Sie links! Und die Stadt gehört Ihnen. *Klaus Lederer*

Unduldsam, beherzt, gerecht: Unser Spitzenkandidat für die Wahl am 18. September in Berlin, Klaus Lederer



Bürgerämter statt Warteämter



Sind Sie gerade umgezogen? Wollen Sie Ihren Ausweis, Ihren Reisepass verlängern? Oder ist es eine von über 100 anderen Dienstleistungen, für die Sie dringend ins Bürgeramt müssen? Dann wissen Sie längst: In Berlin ist das kein Vergnügen. Termine sind acht Wochen im Voraus vergriffen, aus der Not machte sogar ein privater Online-Händler ein Geschäft, der diese gegen Cash verkaufte.

Die Beschäftigten selbst können nichts für diese Misere. Viele Menschen leisten in der Berliner Verwaltung gute Arbeit. Doch es gibt immer mehr Aufgaben zu erledigen und unterm Strich zu wenig Personal. SPD und CDU haben sich darum lange nicht gekümmert. Im Gegenteil. Sie haben weiter vor allem dort Personal abgebaut, wo die Berlinerinnen und Berliner es richtig spüren. Schulen sind ohne Hausmeister: keine Fachkräfte. Jugendämter schreiben an Gerichte, dass sie in Sorge-

rechtsfällen nicht mehr erscheinen können: keine Leute. Sogar um die Wahlen im September musste man sich sorgen, weil Zugezogene sich nicht mehr problemlos anmelden konnten und die Wahlsoftware versagte.

DIE LINKE will das ändern. Es reicht nicht, je nach Kassenlage mal hier und mal da kurzfristig Löcher zu stopfen. Will man Personal für die Zukunft, muss man langfristig und über die Bereiche hinweg denken. Dass das Chefsache des Regierenden Bürgermeisters werden muss, ist für uns selbstverständlich. Personalpolitik darf nicht länger im Schatten der Finanzpolitik verkümmern. Wir wollen dafür einen eigenen Staatssekretär.

Gerade weil die Stadt wächst, Menschen aus aller Welt nach Berlin kommen, Bedürfnisse sich verändern, benötigen die Bezirke und Ämter eine Personalausstattung, die davon

abhängt, was die Stadt wirklich braucht. Die Stellen müssen den Aufgaben folgen, nicht umgekehrt. Darauf haben die Berlinerinnen und Berliner ein Recht.

Inzwischen ist die Zeit knapp. Bis 2025 wird die Hälfte der Beschäftigten der Berliner Verwaltung allein aus Altersgründen ausscheiden. Schon jetzt fehlen Fachkräfte vor allem in Sozial-, Verwaltungs- und Ingenieurberufen, können offene Stellen bei der Polizei nicht besetzt werden. Auch hier haben SPD und CDU versagt. Wir wollen einen Pakt mit den Hoch- und Fachschulen schließen für mehr und moderne Aus- und Weiterbildung. Quereinsteiger sollen ihre berufliche Erfahrung einbringen können, Menschen mit Migrationshintergrund die Verwaltung vielsprachig machen.

Wenn ein Unternehmen jährlich bis zu 5 000 neue Leute finden will, muss es anderes zu bieten haben als Stress, rettungslos veraltete Technik und Streitereien zwischen den verschiedenen Ebenen. Denn gut ausgebildete, kluge Köpfe suchen alle. Wir wollen die Verwaltung zu einem vorbildlichen Arbeitgeber machen. Leiharbeit und prekäre Beschäftigung darf es hier nicht geben. Gute Arbeitsbedingungen und Bezahlung, sichere Arbeitsplätze mit Perspektive und moderne Technologien – damit kann man in der Stadt für sich werben!

Wir wollen starke Bezirke, kurze Wege und Möglichkeiten für alle Berlinerinnen und Berliner, sich an Entscheidungen zu beteiligen. Transparent und offen für Veränderungen, qualifiziert und modern, flexibel und schnell – so ist Verwaltung bürgernah. So kann die Stadt wieder funktionieren. Das will DIE LINKE. Berlin.

Arbeit muss sich lohnen

Die Arbeitslosigkeit ist in Berlin deutlich zurückgegangen, aber es gibt noch immer zu viel schlecht bezahlte Arbeit. Das ist ein Problem. Denn wer heute schlecht bezahlt wird, der muss nicht nur auf vieles verzichten, der kann sich auch nicht privat fürs Alter absichern. DIE LINKE im Bundestag hat das nachgerechnet: Wer heute weniger als 11,68 Euro je Stunde verdient, bekommt selbst nach 45 Jahren Vollzeitarbeit eine Rente, die so niedrig ist, dass sie mit staatlichen Mitteln aufgestockt werden muss.

Bundesweit sind schon mehr als eine halbe Million Rentnerinnen und Rentner auf Grundversicherung im Alter angewiesen. Ihre Zahl hat sich zwischen 2003 und 2014 verdoppelt, und wenn nicht endlich umgesteuert wird, ist die Hälfte all derer, die 2030 in Rente gehen, dem Einkommen nach arm.

An dieser Tendenz ändern auch Rentenerhöhungen wie jetzt zum 1. Juli, mit 4,25 Prozent mehr in den alten und 5,95 Prozent in den neuen Bundesländern, nur wenig. Für eine gute Rente muss die gesetzliche

Rente wieder zum Zentrum der Alterssicherungspolitik werden. DIE LINKE will eine solidarische Rentenversicherung, in die alle einzahlen und bei der alle Einkommen für die Beiträge herangezogen werden.

Und weil eine Umkehr in der Rentenpolitik eine Umkehr in der Lohnpolitik braucht, muss alles dafür getan werden, dass die Arbeitslosigkeit weiter abnimmt und Reallöhne steigen. Mit höheren Löhnen steigen die Beitragseinnahmen und damit auch die Renten. Der Ausbau von unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigungen, Minijobs oder Leiharbeit bewirkt eher das Gegenteil.

In der Landespolitik setzt sich DIE LINKE deshalb dafür ein, dass dort, wo Berlin selbst Auftraggeber ist, keine Niedriglöhne bezahlt werden. In ihrer ersten Regierungszeit hat DIE LINKE schon einmal durchgesetzt, dass solche Auftragsvergaben nur stattfinden dürfen, wenn mindestens Mindestlohn gezahlt wird. Daran werden wir anknüpfen, auch wenn inzwischen 8,50 Euro längst zu wenig sind, um im Alter abgesichert zu sein.

Unser Ziel, und da sind wir uns bundesweit einig, ist die schnellstmögliche Erhöhung des Mindestlohns auf 12,50 Euro die Stunde.

Was wir außerdem ändern können, ist der Umgang mit Langzeitarbeitslosen in unserer Stadt. Denn, so erfreulich der Rückgang der Arbeitslosenzahlen insgesamt ist, für die entstandenen Arbeitsplätze bringen Unternehmen, die sich in Berlin niederlassen, ihre Arbeitskräfte oft gleich mit. Wer in unserer Stadt schon länger ohne Arbeit ist, hat davon nur selten etwas. Für Langzeitarbeitslose, aber auch, um Geflüchteten in der Stadt den Zugang zu Arbeit zu ermöglichen, braucht es gezielte Programme. In unserer ersten Regierungszeit haben wir damit begonnen und einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufgebaut. Vielleicht findet jemand ja noch einen besseren Namen für den ÖBS, aber Ziel war und ist, Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu geben, sie existenzsichernd zu bezahlen und gleichzeitig wichtige Arbeit für das Gemeinwesen zu erledigen. Die Stadteilmütter sind heute noch ein gutes Beispiel dafür.



Oma Anni lebt seit Jahrzehnten in der Reinickendorfer Steinbergsiedlung. Sie darf nicht durch Luxussanierung vertrieben werden.

Wohnen darf kein Glücksspiel sein

Auf die Idee muss man auch erst mal kommen: dass eine städtische Wohnungsbau-gesellschaft auf einer Veranstaltung ausgerechnet Werbung mit einem Hütchenspieler macht. Da kann man nur rätseln, warum. Sollte das ein Hinweis darauf sein, dass in Berlin die Anmietung einer passablen und zugleich preisgünstigen Wohnung einem Lotteriegewinn gleichkommt? Oder dass man tricksen muss, um eine Chance auf angemessenen Wohnraum zu haben? Vielleicht war es aber auch nur eine subtile Warnung, dass die Bau- und Wohnungspolitik in Berlin derzeit von Glücksrittern geprägt wird.

Denn Tatsache ist, dass sich die Wohnungssituation in unserer Stadt insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen seit 2008 dramatisch verschlechtert hat. Halberzige Versuche des SPD-CDU-Senats, mittels einer »Mietpreisbremse« das Wohnen bezahlbar zu halten, sind gescheitert. Um mehr als 31 Prozent stiegen die Mieten in Berlin allein im vergangenen Jahr. Das lag auch daran, dass diese »Mietpreisbremse« weder für neugebaute noch für umfassend sanierte Wohnungen Gültigkeit hat. Und Vermieter, die sich gleich gar nicht an die Regeln halten wollen, können dies ungestraft tun. Sanktionen sind in dem Gesetz nämlich nicht vorgesehen.

Mittlerweile fehlen laut einer aktuellen Studie des Sozialwissenschaftlers Andrej Holm von der Berliner Humboldt-Universität in der Hauptstadt mehr als 130 000 preisgünstige Wohnungen, die maximal 5 bis 6 Euro pro Quadratmeter monatlich kosten.

Nach dem Willen des Senats soll vor allem mit einer ungezügelter Neubautätigkeit gegengesteuert werden. Auf landwirtschaftlichen und anderen Kulturflächen in Pankow, Neukölln und weiteren Standorten an der Peripherie Berlins sind große Satellitenstädte mit bis zu 20 000 Einwohnern geplant. Doch ein solcher Aktionismus lässt Schlimmes befürchten, ist doch erkennbar, dass vor allem hochpreisiger, rein privatfinanzierter Wohnraum entsteht. Derzeit ist jeder dritte geplante Neubau eine Eigentumswohnung. So etwas geht an den realen Bedürfnissen der meisten Menschen in dieser Stadt vorbei.

DIE LINKE setzt deshalb auf eine Strategie für soziales Wohnen, denn Wohnungssuchende mit geringem Einkommen sollen davon nicht noch die Hälfte für Miete ausgeben müssen. Und auch Menschen, die in unsere Stadt geflüchtet sind, sollen in Wohnungen und nicht in Massenunterkünften leben können.

Die kommunalen Wohnungsbau-gesellschaften und Genossenschaften stehen da in besonderer Verantwortung. Statt sich an der für die Berlinerinnen und Berliner ruinösen Jagd nach der höchsten Rendite zu beteiligen, sollten sie darauf verzichten, ihre preiswerten Wohnungsbestände den Markt-gesetzen auszuliefern. Übersteigt die Miete bereits den Mittelwert des Mietspiegels, müssen Mieterhöhungen tabu sein. Auch sollen sie die Kosten für Modernisierungen nur zu einem geringen Teil und nur für eine bestimmte Zeit, anstatt dauerhaft, auf die Mieten umlegen dürfen und bei Neuvermietung ohne Wohnwertverbesserung auf höhere Mieten verzichten.

Wir wollen, dass die sechs kommunalen Wohnungsbau-gesellschaften in den kommenden fünf Jahren ihren Bestand um 100 000 Wohnungen erhöhen. Das kann nur eingeschränkt durch Neubau geschehen, es müssen verstärkt Wohnungsbestände hinzugekauft werden. Wir wollen die Wohnungsbau-gesellschaften dafür finanziell besser ausstatten, ihr Eigenkapital erhöhen. Dann können sie auch ihren Beitrag zur dringend notwendigen Durchsetzung des kommunalen Vorkaufsrechts leisten.

Eine große Diskrepanz gibt es in Berlin zwischen Angebot und Nachfrage auch in Bezug auf die Wohnungsgröße. So existiert über die Stadt verteilt zum Beispiel ein Überangebot an Drei-Raum-Wohnungen. Kleine und preisgünstige Ein- bis Zwei-Raum-Wohnungen sind hingegen Mangelware. Nun lebt in vielen größeren Wohnungen oft nur eine Person, die auch in eine kleinere Wohnung umziehen würde, aber das darf dann natürlich nicht teurer werden. Wir LINKEN finden, eine kommunale Wohnungsbörse kann hier Abhilfe schaffen. Interessenten können dort Wohnungen anbieten oder finden, kommunale Anbieter oder Genossenschaften ermöglichen bei einem geplanten Wohnungswechsel den Erhalt von Mietkonditionen oder die Gewährung von Umzugshilfen.

Nachdem der Senat beim Thema Wohnen so lange geschlafen hat, muss jetzt wohnungspolitisch umgesteuert werden. Nur dann lassen sich die Probleme in den nächsten Jahren in den Griff bekommen. Für uns LINKE heißt das Ziel ganz klar: Bezahlbares Wohnen darf in Berlin nicht Glückssache sein.

Kinder, Kinder, Kinder

Bunte Zuckertüten, Lachen, Staunen und jede Menge erwartungsfroher Gesichter. Am Einschulungstag ist für die meisten Kinder und Eltern in unserer Stadt die Welt noch in Ordnung. Beim ersten Gang zur Schultoilette beginnen allerdings die Probleme.

Der bauliche Zustand etlicher Schulen ist ein Jammer. Bei immer mehr Gebäuden hat sich ein Sanierungsbedarf angestaut, weil in den vergangenen Jahren zu wenig investiert wurde. Aber auch der Tatsache, dass immer mehr Menschen in die Stadt kommen, dass es deshalb mehr Kinder und Jugendliche gibt und darum in fast allen Bezirken mehr Schulen gebraucht werden, hat der Senat nicht Rechnung getragen. Allein in Pankow fehlen mehr als 20. Doch ehe eine neue Schule fertig ist, dauert es in Berlin in der Regel acht bis neun Jahre. München oder Hamburg brauchen maximal halb so lange.

Die Schulen endlich umfassend zu sanieren, sie behindertengerecht umzubauen und vor allem schnell auch neue Schulen zu bauen, kostet Geld, sehr viel Geld. Allein für die Sanierung werden laut den Bezirken 4,9 Milliarden Euro benötigt.

Viele fragen sich, woher die Mittel dafür kommen sollen, ohne den Berliner Landeshaushalt mit noch mehr Schulden zu belasten. DIE LINKE hat sich dafür ein Modell überlegt. Wir wollen, dass die nötigen Darlehen von Landesunternehmen aufgenommen werden. Die Zinsen sind niedrig, es besteht auch kein Risiko, dass sich daran etwas ändert, denn bei öffentlichen Förderbanken kann gegenwärtig langfristig bis zu 20 Jahre zu fixen Konditionen getilgt werden. Mit diesem

Modell ließen sich nicht nur Schulen, sondern ließe sich auch die gesamte öffentliche Infrastruktur über Brücken bis hin zu Krankenhäusern schneller in Ordnung bringen. Außerdem hätte ein solches Investitionsprogramm noch weitere Effekte. Es könnte mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen verbunden werden und einen Beitrag zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sowie zur Integration von Geflüchteten leisten. Doch an Berlins Schulen muss noch mehr passieren. Zum Schuljahresbeginn fehlen in Berlin etwa 1350 Lehrer. Und wenn sich nichts ändert, werden in acht Jahren 16 000 Pädagoginnen und Pädagogen fehlen. Das ist für DIE LINKE nicht hinnehmbar.

Ein Aspekt ist uns besonders wichtig: Wir wollen, dass gute Bildung, mit der Kita beginnend, für alle zugänglich und kostenfrei ist.

Bildungserfolg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb setzen wir uns in Berlin für mehr und zugleich starke Gemeinschaftsschulen ein – als Schulen für alle von der Einschulung bis zum Abitur. Dass sie der Schlüssel für soziale Gerechtigkeit und bessere Lernerfolge sind, haben wissenschaftliche Studien in den vergangenen Jahren nachgewiesen. Als wir 2004 in Berlin die Idee dafür hatten, wurden wir noch von vielen belächelt oder gar beschimpft, wir wollten die Einheitsschule wieder einführen. Heute gibt es viele Fans der Gemeinschaftsschule. Sie gilt als bestes Mittel gegen Ausgrenzung und für Integration, weil sie Kinder und Jugendliche akzeptiert, annimmt und fördert, so wie sie sind. Die Potenziale aller Kinder zu entfalten, ist unser Ziel. Auch an Gemeinschaftsschulen gelingt das nur, wenn es funktionierende und barrierefreie Schulgebäude gibt, deutlich mehr Personal und für alles die materielle Absicherung. Es wird Zeit, dass in Berlin nicht nur kaputte Schultoiletten der Vergangenheit angehören.



Grenzenlos Mobil

Das kennen wohl alle, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln in der Stadt unterwegs sind: Man quetscht sich in überfüllte U-Bahnen, die Tram braucht mal wieder länger als geplant, oder man muss 20 Minuten auf den Anschluss warten, weil einem die S-Bahn vor der Nase weggefahren ist. Und das alles trotz happiger 80 Euro für das Monatsticket.

Wir wollen das ändern. Denn nur mit dem öffentlichen Nahverkehr können alle Menschen mobil sein. Ein eigenes Auto können sich viele nicht leisten, das Fahrrad ist für Ältere oder Menschen mit Behinderungen auch keine Option. Und auch beim Umweltschutz liegen die Öffis – natürlich hinter Fahrrad und Füßen – vorne.

Für einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr muss viel getan werden. Das heißt: Strecken ausbauen, Taktung erhöhen und Preise senken. Vor allem in den äußeren Bezirken der Stadt sind die Verbindungen schlecht und die Wartezeiten lang. Hier wollen wir die Infrastruktur gezielt erweitern. In aller Munde ist momentan die

Elektromobilität. Die von der Bundesregierung beschlossene Kaufprämie für E-Autos hilft aber letzten Endes nur den Autokonzernen. Wieso wird nicht Elektromobilität gefördert, die allen zugutekommt? Das heißt in Berlin vor allem: die Straßenbahn. Die fährt nicht nur elektrisch, sondern ist auch noch leise und spart Platz. Wir setzen uns dafür ein, das Straßenbahnnetz um 200 Kilometer zu erweitern. Mit einer Ampelschaltung, bei der Straßenbahnen und Busse konsequent Vorrang haben, kann auch vermieden werden, dass sie ständig im Stau stehen.

Der Nahverkehr muss für alle zugänglich sein. An vielen U-Bahnstationen gibt es keine Aufzüge, so dass Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer die Haltestellen gar nicht nutzen können. Zu vollständiger Barrierefreiheit gehören zum Beispiel auch »sprechende Haltestellen« und ein Leitsystem für Blinde. Der Nahverkehr muss aber auch für alle erschwinglich sein. Deshalb dürfen die Fahrpreise nicht weiter steigen. Als erstes wollen wir, dass das Berlin-Ticket S für Menschen mit berlinpass

nur noch 25 Euro kostet. Außerdem wollen wir einen ermäßigten Einzelfahrschein einführen. Wir haben auch eine Idee, wie alle für wenig Geld ohne Ticket fahren können. Das klappt, wenn jede Berlinerinnen und jeder Berliner einen Beitrag zahlt. Für Menschen mit wenig Geld, Seniorinnen und Senioren, Kinder und Jugendliche sowie Studierende muss der Beitrag natürlich geringer ausfallen. So eine Öffi-Flatrate ist zwar noch Zukunftsmusik, aber eine gute Grundlage zur Diskussion.

Am umweltfreundlichsten geht es mit dem Fahrrad durch die Stadt. Immer mehr Berlinerinnen und Berliner steigen darauf um. Doch wegen fehlender oder schlecht ausgebauter Fahrradwege geraten Fahrräder oft mit Autos oder LKWs in Konflikt. Das ist nicht nur für beide Seiten nervig, sondern kann für die Radfahrerinnen und Radfahrer auch richtig gefährlich werden. Deshalb wollen wir mindestens zwei Meter breite Radstreifen entlang aller Hauptstraßen, mehr Fahrradstraßen und, wenn möglich, Radschnellwege. Dafür braucht es neben mehr Geld auch mehr qualifiziertes Personal in den Verwaltungen. Mit der Initiative »Volksentscheid Fahrrad« haben die Berlinerinnen und Berliner das Thema selbst auf den Tisch gebracht. Wir unterstützen sie dabei.

Neukölln braucht dringend einen sozialen Aufbruch

Wer Armut bekämpfen will, muss Millionäre zahlen lassen

In Deutschland und der Welt werden die Reichen immer reicher, die Armen werden immer zahlreicher. Weltweit besitzen die reichsten 62 Menschen genauso viel Vermögen wie die arme Hälfte der Menschen. Auch in Deutschland ist der Reichtum extrem ungerecht verteilt: Die reichsten zehn Prozent besitzen die Hälfte aller Vermögen, die ärmere Hälfte der Bevölkerung besitzt so gut wie gar nichts.

Neukölln ist von allen Berliner Bezirken am stärksten von Armut betroffen. Laut aktuellem Sozialbericht lebt die Hälfte der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren in Haushalten, die Sozialleistungen beziehen müssen. Doch Armut betrifft nicht nur Kinder und Jugendliche. Auch fast zehn Prozent aller Neuköllner Frauen und Männer im Rentenalter sind auf Hilfe vom Sozialamt angewiesen. So gehört zum Beispiel der Kiez rund um die Schillerpromenade im Neuköllner Norden zu den Quartieren mit der größten Dichte an Transferleistungsempfängern. Im Schillerkiez leben 23000 Menschen, knapp 36 Prozent von ihnen beziehen Arbeitslosengeld II und andere Sozialleistungen.

Die Reichen residieren in Stadtvillen, schicken ihre Kinder auf Privatschulen und lassen sich im Krankheitsfall in Spezialkliniken behandeln. Alle anderen sind auf gute Kitas

und Schulen, auf funktionierende Krankenhäuser, auf bezahlbare Wohnungen und zuverlässige Busse und Bahnen angewiesen.

Doch hier liegt eines der größten Probleme der Stadt. Die Krankenhäuser leiden unter Personalmangel. Die Bürgerämter sind überlastet. Es fehlt an Kitaplätzen, Schulen verfallen. Parks und Grünanlagen verkommen. Und für viele Menschen ist ein Lottogewinn wahrscheinlicher als ein neuer Mietvertrag für eine bezahlbare Wohnung.

Vor rund 15 Jahren kündigte der damalige Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) an, er werde »sparen, bis es quietscht«. Gekürzt und gestrichen wurde bei den Löhnen im öffentlichen Dienst, bei Kitas und Schulen, an Krankenhäusern, bei den Verkehrsbetrieben und Wohnungsgesellschaften. Großzügig waren Wowereit und seine SPD bis heute stets bei Prestigeobjekten: Beim Flughafen BER und der Staatsoper kam und kommt es nicht an auf Millionen und Milliarden Euro.

Es ist Zeit für eine andere Politik: Berlin und Neukölln brauchen einen sozialen Aufbruch. Mit einem Aufbauprogramm müssen in den nächsten Jahren berlinweit mehr als 100 000 kommunale Wohnungen für Menschen mit geringem oder ohne Einkommen entstehen.

In Kitas und Schulen, in Ämtern und Verwaltungen, bei der Feuerwehr und in den Krankenhäusern muss mehr Personal eingestellt werden. Allein um die Neuköllner Schulen zu sanieren, sind mehr als 450 Millionen Euro nötig. Auch im Nahverkehr sowie bei der Energie- und Wasserversorgung muss sozial und ökologisch investiert werden. Lohndumping durch Leiharbeit und Hartz IV muss beendet werden. Das Hartz-Regime soll durch eine Grundsicherung von monatlich 1.050 Euro ersetzt werden – ohne Sanktionen.

Ein solches soziales Aufbauprogramm kostet viel Geld. Dieses Geld ist vorhanden, denn Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Doch von den Steuererleichterungen der letzten 15 Jahre, für die CDU, FDP, SPD und Grüne verantwortlich sind, profitieren Unternehmen, Millionäre und Milliardäre bis heute. Und mit vielen Milliarden Euro Steuergeld haben CDU und SPD die Banken gerettet.

Einzig DIE LINKE setzt sich konsequent dafür ein, dass Milliardenvermögen, Konzerngewinne und große Erbschaften höher besteuert werden – und Menschen mit geringem Einkommen weniger Steuern zahlen müssen. Denn wer Armut bekämpfen will, muss den vorhandenen Reichtum umverteilen – zum Nutzen der Menschen in Berlin und in Neukölln.



Eine starke Truppe tritt bei der Wahl zur Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung für DIE LINKE an: Die Liste wird von der im engagierten Einsatz für ein sozialeres Neukölln bewährten Doppelspitze Marlis Fuhrmann und Thomas Licher angeführt. 1. Reihe (von links, Listenplatz in Klammern): Marina Reichenbach (5), Maya Eckes (9), Thomas Licher (2), Marlis Fuhrmann (1), Christian Posselt (8), Ahmed Abed (4). 2. Reihe: Steffen Burger (10), Tony Pohl (6), Doris Hammer (3), Sandra Boden (11), Carla Assmann (7), Tim Fürup (12).

Wohnen bleiben im Kiez



Nur durch Zufall hatten Mieter eines ganzen Blockes im Reuterkiez erfahren, dass ihren 17 Häusern die Zwangsversteigerung drohte. Aggressive Investoren wollten zum Zuge kommen. Die betroffenen Mieter haben sich zusammengeschlossen und ihre Lage öffentlich gemacht. Ihr Widerstand hat zunächst dazu geführt, dass die Zwangsversteigerung abgesagt wurde. Ein Erfolg.

In Neukölln sind die Ausgaben für die Miete stark gestiegen. Die Belastung ist für Menschen mit geringem Einkommen oft nicht mehr tragbar. Die Vertreibung aus den vertrauten Kiezen wird zur bitteren Realität. Die Neuköllner LINKE fordert bezahlbare Wohnungen für alle, die sie brauchen. Preiswer-

ter Wohnraum muss erhalten sowie auch neu geschaffen werden. Mieterinnen und Mieter sind vor Wuchermieten und Häuserabriss zu schützen. Dafür gilt es zum einen den Mietpiegel zu qualifizieren, zum anderen soll der Milieuschutz ausgeweitet werden, um die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und Luxusmodernisierungen untersagen zu können. Das Zweckentfremdungsgesetz muss konsequent durchgesetzt werden.

Keine Spekulation mit Häusern dulden

Wohnungen dürfen keine Kapitalanlagen sein. DIE LINKE wendet sich gegen das Entmieten von Wohnungen und ganzen Häusern, um sie teurer verkaufen zu können. Protestierende Mieterinitiativen vor Ort werden von ihr unterstützt. Gegen den spekulativen Leerstand und das Brachliegenlassen von Baugrundstücken fordert DIE LINKE eine Verfolgung unseriöser Investoren durch das Bezirksamt. Spekulationshäuser in Milieuschutzgebieten sind durch Bezirk, Land oder eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft mittels Vorkaufsrecht dem Verwertungsinteresse zu entziehen. Dies soll auch für Zwangsversteigerungen gelten.

Milieuschutz für Neukölln durchsetzen

Neukölln braucht einen flächendeckenden Milieuschutz. Er soll besonders die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindern oder zumindest deutlich verringern. Luxusmodernisierungen könnten so verhindert werden. Aber auch notwendige Moder-

nisierungen sollen kostengünstig durchgeführt werden. Auf Bundesebene muss die Möglichkeit, die Modernisierungskosten auf die Miete aufzuschlagen, aus dem Mietrecht gestrichen werden. Das Stadtentwicklungs- und das Wohnungsamt sind mit dem benötigten Personal auszustatten.

Wohnungsbaugesellschaften in die Pflicht nehmen

Kommunale Wohnungsbaugesellschaften müssen verpflichtet werden, bezahlbare Wohnungen für WBS-Berechtigte anzubieten. Dies kann durch Zukauf und Neubau geschehen. Dazu gehört auch der Rückkauf der unter Rot-Rot getätigten Wohnungsverkäufe an private Immobilienunternehmen. Für kommunale Wohnungen soll künftig eine festgesetzte Mietobergrenze (Richtsatzmiete) gelten.

Neubau von Sozialwohnungen festschreiben

DIE LINKE sieht besonders die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften in der Pflicht, neue Sozialwohnungen mit dauerhafter Sozialbindung zu bauen. Aber auch beim größten privaten Neuköllner Bauvorhaben am Mariendorfer Weg müssen von den 1000 neuen Wohnungen mittels städtebaulicher Verträge möglichst viele Sozialwohnungen durchgesetzt werden.

Und schließlich: DIE LINKE macht den Unterschied. Sie nimmt kein Geld vom Skandal-Baulöwen Groth, der Wahlkampfspenden an SPD und CDU gibt.

Solidarisch in Neukölln – gemeinsam gegen Rassismus

Heute leben in Neukölln Menschen aus über 160 Nationen friedlich zusammen. Das ist eine Bereicherung und Chance für unseren Bezirk. DIE LINKE sieht das so. Aber es ist leider nicht selbstverständlich, dass alle Migrantinnen und Migranten am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben gleichermaßen teilhaben können. Auch in Neukölln gibt es Erscheinungen von Alltagsrassismus. Das zeigte sich beim Umgang mit einer Juristin, die wegen ihres Kopftuchs als Referendarin im Bezirksamt Neukölln abgelehnt wurde. Zwar dürfen Reinigungskräfte mit Kopftuch im Rathaus saubermachen, aber eine höher qualifizierte Tätigkeit wird muslimischen Frauen, die das Tuch tragen, verweigert. DIE LINKE tritt gegen eine Benachteiligung von Menschen in der öffentlichen Verwaltung ein, die Kopftuch oder Kippa tragen. Neukölln ist seit jeher ein Zuwanderungsbezirk. Schon die Gründung von Böhmisch-Rixdorf verdanken wir Glaubensflüchtlingen. Im letzten Jahr kamen in Neukölln Menschen an, die zum großen Teil aus den Bürgerkriegsgebieten des Nahen Ostens nach Deutschland

fliehen mussten. Hier werden sie größtenteils unter unmenschlichen Bedingungen in Massenunterkünften wie dem ehemaligen C&A-Kaufhaus und in Turnhallen ghettoisiert. Dort müssen sie, ebenso wie in den Flugzeughangars am Tempelhofer Feld, ohne jegliche Privatsphäre auf engstem Raum leben. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass auch Geflüchtete hier menschenwürdig leben und wohnen können und diese Massenunterkünfte baldmöglichst geschlossen werden. Zwar ist der SPD-CDU-Senat in erster Linie für das Desaster bei der Unterbringung von geflüchteten Menschen verantwortlich, doch auch das Neuköllner Bezirksamt hat seine Möglichkeiten nicht genutzt. Das zur Unterbringung geeignete ehemalige »Schulschwänzerinternat« am Buckower Damm 176 steht auf Beschluss der Neuköllner SPD- und CDU-Fraktion ein Jahr lang leer, um es dann zu einem Bürostandort umzubauen. Hier hätten Familien und Kranke gut untergebracht werden können.

DIE LINKE fordert preiswerten Wohnraum für alle. Und selbstverständlich sollen auch

geflüchtete Menschen in Wohnungen leben können. Bereits jetzt gibt es in unserem Bezirk leerstehenden Wohnraum, der jederzeit beschlagnahmt und ertüchtigt werden könnte. So sollen beispielsweise preiswerte Wohnungen in der Heidelberger Straße abgerissen werden, um dort teure Neubauwohnungen zu erstellen. DIE LINKE hat in den letzten Jahren mehrfach auf Leerstand aufmerksam gemacht. Vom SPD-geführten Bezirksamt gab es dazu keine Resonanz. Es ist höchste Zeit, dass die Regierenden ihre Rücksichtnahme auf die Profitinteressen von Immobilienunternehmen und Spekulanten beenden und ihre von der Verfassung gebotenen Verpflichtungen wahrnehmen. Parteien wie die AfD und die NPD nutzen die Situation und versuchen Muslime, Geflüchtete und Andersdenkende zu Sündenböcken zu machen. DIE LINKE sagt: Geflüchtete willkommen, für ein solidarisches Miteinander in Neukölln – gegen rechten Populismus. Keine Stimme für Parteien wie AfD und NPD, die Rassismus und neofaschistische Hetze verbreiten.

Für Neukölln ins Abgeordnetenhaus



Sarah Moayeri kandidiert im Wahlkreis 1, Reuterkiez.

Die 20-jährige Studentin kritisiert: »Es mangelt an bezahlbarem Wohnraum, an guter Bildung, an Stellen im öffentlichen Dienst. Geflüchtete werden

in Massenlagern untergebracht, Rassismus wird geschürt, indem Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Doch wenn wir uns gemeinsam wehren, können wir etwas an den Verhältnissen ändern.«



Irmgard Wurdack, Kandidatin im Wahlkreis 2, Schillerkiez, Neuköllner Mitte.

Die 46-jährige Informatikerin lebt im Schillerkiez. Sie unterrichtet für geflüchtete Menschen ehrenamtlich Deutsch. Darüber

hinaus streitet sie gegen das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst sowie für ausreichend preiswerte Wohnungen für alle und die Beschlagnahmung von spekulativem Leerstand, statt Masselager für Geflüchtete einzurichten.



Ruben Lehnert, Direktkandidat im Wahlkreis 3, Rixdorf, Köllnische Heide.

Der 37-jährige Redakteur lebt mit seiner Familie seit vielen Jahren in Rixdorf. Sein schönstes politisches Erlebnis: dass die Berliner Bevölkerung den

Ausverkauf des Tempelhofer Felds an Immobilienspekulanten verhindert hat. »Gemeinsam haben wir über SPD und CDU, über Immobilienlobby, Sportfunktionäre und Handelskammer triumphiert!«



Jörg Lelickens kandidiert im Britzer Wahlkreis 4.

Der 49-jährige Maler und Lackierer musste viele Jahre lang in seinem vor 30 Jahren erlernten Beruf für Leihfirmen arbeiten. Seit über 15 Jahren lebt der aktive Gewerkschafter in

Britz. Besonders liegt ihm am Herzen, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA TTIP zu verhindern, das unter anderem »einen schweren Schlag gegen Arbeitnehmerrechte bedeuten würde.«



Hannah Rübiger direkt wählbar im Wahlkreis 5, westliches Britz, Buckow

Die 25-jährige Studentin hat bereits ein Studium der Volkswirtschaftslehre absolviert und macht jetzt eine Ausbildung im

Bühnentanz. Neben ihrem Wunsch, neue Konzepte für unsere Gesellschaft zu diskutieren und zu erstreiten, hat sie eine große Liebe zur Kreativität, zur Bewegung und zum Ausdruck und der Kommunikation ohne Worte.



Ferat Kocak kandidiert in der Gropiusstadt, Wahlkreis 6.

Der 36-Jährige arbeitet an einer Hochschule in der Öffentlichkeitsarbeit. In Kreuzberg geboren, hat er seine Jugend in Neukölln verbracht und lebt jetzt

im Süden Neuköllns. Er kennt die schönen Seiten, aber auch die Probleme sehr gut. Seine Leidenschaft: Menschen zu helfen durch direkte Unterstützung oder durch sein politisches Engagement.



Frank Obermeit, Kandidat für Rudow und das südliche Blumenviertel, Wahlkreis 7

Der 28-jährige Neuköllner Chemielaborant studiert zur Zeit Chemie und Politik, um Lehrer zu werden. Ihm liegt

die Bildung am Herzen: »Nur mit einer guten und breiten Bildung aller können wir die Probleme der heutigen Zeit lösen. Dafür müssen die Schulen vernünftig ausgestattet und mehr Lehrpersonal angestellt werden.«

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung kommt es auf DIE LINKE an. Sie macht keine wohlfeilen Wahlversprechen, die am Tag nach der Wahl vergessen sind. DIE LINKE wird weiter die Widerstandskraft sein, auf die sich die Menschen in der Politik verlassen können. Das macht den Unterschied. DIE LINKE steht für eine Gesellschaft, in der nicht der Profit das Maß aller Dinge ist, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Das ist das Maß der Politik der Partei DIE LINKE. Dafür stehen alle Kandidierenden der LINKEN.

Wählen Sie mit allen drei Stimmen am 18. September 2016 DIE LINKE. Menschen vor Profite!



gegen Schikanen durch das Jobcenter, gegen Lohndrückerei und gegen eine Politik, die unsere Schulen herunterkommen lässt. Sie ist aufgetreten gegen jeden Rassismus und für die Rechte von geflüchteten Menschen.

DIE LINKE hat sich erfolgreich für den Erhalt des Tempelhofer Feldes eingesetzt. Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE hat sich die BVV gegen das Freihandelsabkommen TTIP und für die Mobilisierung gegen Naziaufmärsche ausgesprochen. Diese Arbeit will DIE LINKE in der BVV fortsetzen und stärken.

DIE LINKE wirkt im Rathaus

Die Stabilisierung der Wohnungssituation war und ist einer der wichtigen kommunalpolitischen Schwerpunkte in Neukölln. Zusammen mit stadtpolitischen Initiativen aus den Kiezen ist es gelungen, den Milieuschutz für den Norden Neuköllns auf den Weg zu bringen. Dafür hat die Frakti-

on DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gekämpft. Das ist ein Erfolg für die Mieterinnen und Mieter. Gute Argumente der LINKEN und Aktionen wirkten. DIE LINKE hat vielen engagierten Neuköllnerinnen und Neuköllnern eine Stimme in der BVV gegeben. Sie hat Druck gemacht



Impressum: Wahlzeitung zur Wahl am 18. September 2016
 Auflage: 1 631 000, Redaktionsschluss: 5. August 2016
 Herausgeberin: DIE LINKE, Berlin, www.die-linke-berlin.de
 V.i.S.d.P.: Katina Schubert. Die Nutzungsrechte nicht
 gekennzeichnete Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.
 Layout und Satz: DiG/TRIALON, Druck: Berliner Zeitungsdruck



Demos in 7 Städten Deutschlands!
 Natürlich auch in Berlin:
17. September 2016, 12 Uhr
 Alexanderplatz
www.ttip-demo.de

Berlin sagt »Nein« zu CETA und TTIP

Im April 2016 konnte man im Berliner Abgeordnetenhaus wieder eine dieser traurigen »Sternstunden« des Parlaments erleben. Die Fraktion DIE LINKE hatte beantragt, dass sich der Senat gegenüber der Bundesregierung, im Bundesrat und auf europäischer Ebene dafür einsetzt, das Freihandelsabkommen CETA zwischen der Europäischen Union und Kanada abzulehnen und den sofortigen Abbruch der Verhandlungen zu TTIP und TiSA zu verlangen. Doch obwohl der Antrag wortgenau dem Beschluss eines SPD-Landesparteitags entsprach, beugte sich die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ihrem Koalitionspartner und stimmte gemeinsam mit der CDU dagegen.

Dabei handelte es sich keineswegs um einen symbolischen Antrag. Das CETA-Vertragswerk liegt mittlerweile vor und soll im Oktober unterschrieben werden. Aber: Auch wenn sich die EU-Kommission anfangs noch dagegen sträubte, musste sie den Mitgliedsstaaten inzwischen zugestehen, dass deren nationale Parlamente über CETA mitentscheiden. Es spricht vieles dafür, dass in Deutschland damit neben dem Bundestag auch der Bundesrat grünes Licht für das Ab-

kommen geben muss, damit es in Kraft treten kann. Berlin würde also mitentscheiden.

Und das mit Fug und Recht. Denn ähnlich wie bei dem Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU greift auch dessen kleine Schwester CETA tief in die Handlungskompetenzen der Bundesländer ein. Das betrifft insbesondere die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen. Egal ob bei Wasser, Energie, öffentlichem Nahverkehr – nordamerikanische Konzerne bekämen mit dem Abkommen Mitspracherechte darüber, wie wir diese Güter in Berlin bereitstellen. Umgekehrt würde es für Berlin bei der Vergabe eigener Aufträge erheblich schwieriger, auf die Einhaltung sozialer Mindeststandards zu pochen. Auch die bisherige Praxis der Förderung von Kunst und Kultur könnte so kaum aufrechterhalten werden. Täte die Politik in Berlin es dennoch, drohten erhebliche Schadensersatzansprüche für möglicherweise entgangene Gewinne. Über diese würde dann aber nicht vor ordentlichen Gerichten verhandelt, sondern vor einem extra neu geschaffenen Handelsgerichtshof. Diesen mag man für weniger schlimm halten als die zuvor noch in Rede stehenden, geheim tagenden Sondergerichte für Investoren. Eine Gerichtsbarkeit für große Unternehmen jenseits des bestehenden Rechtssystems würde damit dennoch geschaffen. Und ebenso wie TTIP enthält auch CETA viele Regelun-

gen, die zu einem Unterlaufen bestehender Standards bei Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitnehmerschutz führen können.

Aus diesem Grunde machen europaweit zahlreiche Verbände, Gewerkschaften und linke Parteien nicht nur gegen TTIP, sondern auch gegen CETA mobil. Nicht zuletzt, weil zu befürchten ist, dass damit für viele US-Unternehmen eine Hintertür aufgemacht würde, selbst wenn TTIP scheitert. Sie könnten einfach im benachbarten Kanada Tochterfirmen gründen und kämen auch so in den Genuss der Vorteile für Unternehmen aus diesem Abkommen.

Die europaweite Bewegung gegen diese Freihandelspläne hat schon viel erreicht. Auf beiden Seiten des Atlantiks wächst der Widerstand. Statt eines Freifahrtscheins für Konzerne fordern immer mehr Menschen Regelungen für einen fairen Welthandel. Doch noch haben die Lobbyisten der Freihandelsabkommen ihr Vorhaben nicht aufgegeben und versuchen, diese auch mit zweifelhaften Tricks durchzusetzen. Dagegen wird DIE LINKE weiterhin mit vielen anderen auf die Straße gehen. Aber ebenso wichtig ist, dass der Widerstand in den Parlamenten wächst. Dazu können Sie **am 18. September** mit Ihrer Stimme beitragen. Eine starke LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus kann dafür sorgen, dass Berlin weder CETA, noch TTIP oder TiSA zustimmt.

BESSER

DIE LINKE.